

15.53

Abgeordneter Alois Kainz (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister!

Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie und zu Hause vor den Bildschirmen! Es ist geplant, bei der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung ein österreichweit einheitliches Berufsausbildungsgesetz zu schaffen. Das hat den Riesenvorteil, dass es nicht neun eigene Landesgesetze braucht (*Zwischenruf des Abg. Hörl*), und das ist ein guter Inhalt.

Dazu ist beabsichtigt, einen Land- und forstwirtschaftlichen Bundes-Berufsausbildungsbeirat zur Koordinierung und laufenden Beratung zu schaffen. Die Grundidee hinter diesem Berufsausbildungsbeirat ist keine schlechte: So soll dem Beirat keine behördliche Aufgabe zugewiesen werden, es soll sich lediglich um ein beratendes Gremium handeln und die Mitglieder des Beirates sind ehrenamtlich tätig. (*Abg. Lindinger: Ja, genau! Da hast du es!*)

Die Besetzung dieses Beirates ist aber genau das, womit wir uns nicht anfreunden können. (*Abg. Hechenberger: Das glaub ich, ja, weil ihr nicht dabei seid!*) Da wird wortwörtlich im eigenen Saft der ÖVP gebraten, mit einigen Zutaten der SPÖ. (*Abg. Hechenberger: Total falsch!*) Aus unserer Sicht wäre es sehr zweckmäßig, dass alle Parteien, die im Hauptausschuss des Nationalrates vertreten sind, diesem Beirat angehören. (*Abg. Lindinger: Genau, die FPÖ möchte den ganzen Beirat politisieren! – Zwischenruf des Abg. Hechenberger.*) So könnte der Bundesminister seine zukünftigen Entscheidungen auf ein starkes Fundament und eine breite Expertise stützen. (*Beifall bei der FPÖ. – Neuerliche Zwischenrufe der Abgeordneten Hechenberger und Lindinger.*)

Diese Regierungsvorlage hat durchaus positive Aspekte. Wir forderten nur, dass diesem Beirat nicht nur die ÖVP und die SPÖ angehören (*Abg. Stöger: Die SPÖ gehört ihm nicht an!*) und ihre rückwärtsgewandte großkoalitionäre Politik betreiben. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Die gewählten Interessensvertreter! Von der Basis gewählt, ...! Euch wählt keiner!*) Nein, wir wollen einfach ein bisschen mehr Vielfalt in diesem Gremium und forderten ein Sitzrecht für alle Parteien, aber die

Bundesregierung war nicht kompromissbereit. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe der Abgeordneten Hechenberger und Hörl.*)

15.55

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Feichtinger. – Bitte.